

*Die nationale Schutzeinheit (Abk. spanisch UNP) ist verantwortlich für den Personenschutz von Aktivisten sozialer Bewegungen und früherer FARC-Mitglieder. Die Tageszeitung EL TIEMPO sprach anlässlich der Flucht des früheren FARC-Führungsmitglieds Jesús Santrich mit dem Chef der Behörde Pablo Elías González.*

## **Santrich musste beschützt werden, aber auch überwacht?**

### **Frage:**

Wie kann eine Person mit ihrem Lebenslauf, die z.B. Direktor der Staatsanwaltschaft war, einen derartigen Job wie den des Direktors der UNP annehmen?

### **Antwort:**

Es ist eine Herausforderung. Aber ich habe ihn angenommen als Verpflichtung gegenüber dem Land und dem Präsidenten wegen der Notwendigkeit der Reorganisation und Neuausrichtung der UNP in der möglichst ratsamen Form.

### **F:**

Wie haben sie die UNP angetroffen: Leistungsfähig?

### **A:**

Ja, ich traf sie leistungsfähig an und funktionierend; aber wie jede Behörde auch verbesserungsbedürftig.

### **F:**

Was genau ist die Aufgabe der UNP?

### **A:**

Sie ist eine nationale Sicherheitsagentur. Das heißt, sie widmet sich vorrangig dem Schutz öffentlich Bediensteter und sozialer Führer. Aber wir haben auch andere Zielsetzungen. Wir sind da für indigene und afro-kolumbianische Gemeinschaften, Kleinbauern, Vertriebene, Menschen, die Ländereien zurückfordern, Opfer von Menschenrechtsverletzungen, und wir berücksichtigen dabei die Besonderheiten jeder dieser Bevölkerungsgruppen. Mit ihnen stimmen wir kollektive Schutzmaßnahmen ab.

### **F:**

Auf welche Weise stellt die UNP solche Gefahren fest? Geschieht das, weil Gefährdungen offensichtlich sind oder weil die Personen selbst Schutz anfordern?

### **A:**

An der Abschätzung von Bedrohungen oder Risiken arbeitet eine Gruppe von ca. 170 Personen, die auf nationaler Ebene Untersuchungen anstellen, nachdem jemand um Schutz bittet. Sie sind damit befasst, alle Informationen einzuholen, holen sich Rat bei Behörden wie der Staatsanwaltschaft, den Stadtverwaltungen, der Polizei und

den Streitkräften, um die Stellung oder en Verhältnissen der jeweiligen Person festzustellen, sei sie nun offiziell eingetragen oder nicht.

**F:**

Wie viele Mitarbeiter hat die UNP?

**A:**

Wir haben einen Personalstand von etwa 700 Personen.

**F:**

Bewaffnet?

**A:**

Ja, bewaffnet, mit Ausnahme der Verwaltungsangestellten. Für den Personenschutz sind es etwa 400 Personen. Wir haben aber auch jene, die mit der FARC befasst sind, also etwa 1125, von denen 900 wiedereingegliederte FARC-Leute sind. Letztere agieren in gemischten Gruppen zusammen mit der Polizei.

**F:**

Heißt das also, Sie haben mehr ehemalige FARC-Leute als Stammpersonal?

**A:**

Ja, viel mehr.

**F:**

Macht Ihnen diese Ausbildung wieder Eingegliedertes zu Personenschützern Kummer? Folgen die heute Ihren Anordnungen oder denen der FARC?

**A:**

(lächelt) Das ist eine schwierige Frage, denn offensichtlich haben die ihre Verbindungen und haben Beziehungen zur FARC-Partei; irgendwie halten sie sich an die Hierarchien.

**F:**

Hat es Sie Mühe gekostet, diese Verbindung herzustellen?

**A:**

Als ich hier ankam, waren diese Strukturen bereits vorhanden und akzeptiert von der FARC-Partei. Auch deshalb, weil die Polizei im Unterschied zur UNP eine Autorität ist und dabei hilft, Spielräume zu eröffnen. Deswegen ist es sehr wichtig, dass bei Ausübung dieser Zuständigkeiten immer die Polizei dabei ist, weil immer wenn bei einer Schutzmaßnahme ein Polizist mitwirkt, diese von anderen Behörden respektiert wird. Von daher halte ich die gemischten Teams für gut. Aber nicht mit der Absicht, zu überwachen und Geheimdienstarbeit zu machen, sondern um zu schützen.

**F:**

Werden diese Leute von Ihnen bezahlt?

**A:**

Natürlich, sie stehen im öffentlichen Dienst. Und wenn sie ein Fehlverhalten zeigen, können sie von uns disziplinarisch belangt werden.

**F:**

Und ihre Waffen bekommen sie von Ihnen?

**A:**

Klar, die gehören unserer Einheit.

**F:**

Hatten Sie bisher irgendein Problem mit dieser Kombination?

**A:**

Es gibt immer wieder Unannehmlichkeiten. Aber ich kann sagen, dass das Ausnahmen sind.

**F:**

Wie viele dieser von Ihnen erwähnten Personenschützer sind speziell für Demobilisierte im Einsatz?

**A:**

Es sind 1125 Leute in 225 Schutzmaßnahmen für Demobilisierte. Aber die UNP hat zum Schutz anderer Gefährdeter Verträge mit fünf Sicherheitsfirmen, die in Kooperationen oder Konsortien zusammenarbeiten, und durch sie verfügen wir über 5400 weitere Personenschützer, also im Unterauftrag, und die 700 aus unserem eigenen Personal.

**F:**

Erfolgte auch der Personenschutz für Santrich durch ein gemischtes Team?

**A:**

Ja, es war gemischt.

**F:**

Was haben Sie über die betreffende Nacht ermitteln können? Denn es hieß anfangs, der Herr sei abgehauen, weil kein Personenschützer zugegen war.

**A:**

Wir haben ein Disziplinarverfahren eingeleitet, genau um festzustellen, ob irgendetwas unterlassen wurde. Je nach den Informationen, die wir erhalten werden, müssen wir entscheiden, ob eine Strafe ausgesprochen wird oder nicht.

**F:**

Aber war die Eskorte, die in jener Nacht Dienst hatte, vollzählig oder sind einige Personen nicht erschienen?

**A:**

Es geht um eine Person, um einen der Personenschützer, der sich plötzlich nach Bogotá begab. Wir müssen herausfinden, aus welchem Grund. Wie es scheint, gab es in jener Nacht ein Versäumnis beim Wachdienst. Allerdings hatte der Personenschützer anscheinend gekündigt und seine Kündigung war bestätigt worden, und so war er abgereist.

**F:**

Kann ein zu Beschützer freiwillig auf seinen Schutz verzichten?

**A:**

Natürlich. Der Personenschutz beruht auf dem Grundsatz der Übereinstimmung.

**F:**

Handelt es sich bei Maßnahmen wie denen im Fall Santrich demnach also nicht um Ermittlungs- sondern um Schutzmaßnahmen? Müsste man nicht gleichzeitig mit dem Schutz auch Überwachung durchführen?

**A:**

Wir sind ausschließlich für den Schutz verantwortlich, wir ermitteln und überwachen nicht.

**F:**

Und zum jetzigen Zeitpunkt hat man es nicht geschafft, eine reale Information zu bekommen, was mit Santrich geschehen ist?

**A:**

Es gibt eine Information, vorgelegt vom Chef des Sicherheitsteams, und die werteten wir aus. Laut Diana Londoño, der Chefin des Sicherheitsschemas, hielt sich Santrich den ganzen Tag im Gebiet Tierra Grata auf. In der Nacht ging er zu seinem Schlafraum mit „Daniel“, dem Begleiter seines Vertrauens, der ihn stets begleitete. Das Team beendete seinen Dienst um 21:19 Uhr und zog sich in seine Schlafräume zurück. Am nächsten Morgen wollte man nach Barranquilla fahren, sie klopfen an die Tür, aber niemand öffnete. Da wurden wir informiert: „Es war nichts und niemand da“. Sie berichteten, dass der Personenschützer Rafael Melón Castañeda nicht zum Wachdienst angetreten war. Es handelt sich um den Mann, der nach Bogotá gereist war. Danach gab es in der Nacht von 23:45 bis 3 Uhr keine Wache, bis der Personenschützer William Medina Cruz aufwachte und seinen Dienst antrat.

**F:**

Bis wohin reicht in diesem Fall Ihre Zuständigkeit? Denn einerseits kann das Team Verantwortung tragen, andererseits hatte aber Ihre Einheit, wie Sie in diesem Interview bereits ausgeführt haben, nicht den Auftrag der Überwachung Herrn Santrichs.

**A:**

Hier könnte vorliegen, was man ein Verlassen des Schemas nennt oder aber einen stillschweigenden Rücktritt, also einen unausgesprochenen Rückzug vom gemeinsamen Handeln. Da gegen den Herrn keinerlei Haftbefehl vorlag und wir zudem keine Kompetenz zu einer Festnahme haben, konnte er in diesem Fall weggehen, sogar gefolgt von seinen Leibwächtern, oder er konnte ihnen sagen: „Sehen Sie, ich möchte keine Eskorte mehr“, wie andere es schon getan haben.

**F:**

Schließen Sie heute aus, dass er gewaltsam weggebracht wurde?

**A:**

Ich glaube nicht daran, denn zum einen war er in Begleitung seines Vertrauensmannes „Daniel“, der Person, die ihm half, wenn er die Aufenthaltszone verließ und die mit ihm verschwand. Zum anderen wird die Aufenthaltszone durch Militär und Polizei bewacht. Es fällt auf, dass sie nahe der Grenze liegt.

**F:**

Viele Behörden sind überzeugt, dass er in Venezuela Zuflucht fand, an der Seite von Iván Márquez.

**A:**

Momentan sind das Vermutungen, aber es ist möglich, denn die Grenze verläuft nur 8 Kilometer von der Zone entfernt, also 10 Autominuten.

**F:**

Halten Sie es für möglich, dass sich der Herr am 9 Juli vor Gericht einfinden wird?

**A:**

Ich glaube, wenn es sich nur um ein zeitweiliges Verlassen des Schemas handelte, hätte man zumindest über die Medien etwa kommuniziert.

**F:**

Wie viele Situationen gab es, in denen beschützten Personen mit diesen Maßnahmen das Leben gerettet wurde, seit Sie im Amt sind?

**A:**

Es gab mehrere. So bei Francia Márquez, bei Mayerly oder bei Sigifredo López. Insgesamt sind es 8 oder 10 Fälle. Aber die UNP hat auch abschreckende Wirkung.

**F:**

Ohne Schutz durch den Staat mittels der UNP wären sie wahrscheinlich nicht mehr am Leben. Glauben Sie, dass, hätte diese professionelle, spezialisierte Einheit zu Zeiten der UP (Linke Partei, die in den 1980er Jahren durch Morde ausgelöscht wurde, A.d.Ü.) existiert, man viele Menschen gerettet hätte?

**A:**

Ja. Aber diese Einheit ist atypisch. Weil sie in einem demokratischen Land nicht existieren dürfte. Was geschah, ist, dass die UNP entstand als Reaktion auf Gewalttaten gegen die Führer sozialer Bewegungen. Und wenn man eine Bilanz zieht seit Inkrafttreten des Friedensabkommen, dann spricht die UNO von mehr als 250 ermordeten Führern, die Ombudsbehörde sogar von mehr als 450. Abgesehen von diesen Zahlen haben wir erhoben, wie viele dieser Personen Schutz beantragt hatten, und das Ergebnis war, dass eine große Mehrheit keinen Schutz angefordert hatte.

Es ist in dem Klima der Gewalt in dem wir leben, wesentlich hervorgerufen durch das Drogengeschäft, unmöglich allen Personen eine Leibwache zuzuordnen. Das ist unmöglich, zumal wir bereits ausgefuhrt sind mit 7400 Beschützten. Diese Einheit ist sehr komplex, sie hat viele Verpflichtungen im Zusammenhang mit Schutzmaßnahmen, und die Führer sollten aufhören darzustellen, die Lösung läge in der UNP, aber in Wirklichkeit liegt sie nicht hier.

**F:**

Und wo liegt die Lösung?

**A:**

Indem man den kriminellen Organisationen das Rückgrat bricht, egal ob sie Guerrilla, Paramilitärs, Selbstverteidigungskräfte oder kriminelle Banden genannt werden. Diese Aufgabe muss man auf deutliche Weise von Polizei und Heer ausführen lassen, denn tut man dies nicht, dann wird sich die Lage weiter verschlechtern, und es wird der Moment kommen, in dem die UNP nicht mehr tragfähig sein wird. Das gilt auch in ökonomischer Hinsicht, denn schon jetzt gibt die Einheit pro Tag rd. 2,5 Mrd Pesos aus (=rd. 1 Mio EUR, A.d.Ü.).

**F:**

Wieviel kostet der Personenschutz monatlich für eine Person?

**A:**

Mehr oder weniger 24 Mio Pesos (=rd. 10000 EUR) bei einer einfachen Maßnahme: Ein gepanzertes Fahrzeug und zwei Personenschützer, also etwa 290 Mio Pesos pro Jahr (rd.115000 EUR). Unser Haushalt umfasst 1 Billion Pesos, nachdem man unser Budget verbessert hat, und man muss uns noch ein bisschen mehr geben.

**F:**

Ist es vorgekommen, dass soziale Führer Schutz erbeten haben, der ihnen aber nicht gewährt wurde, und die dann getötet wurden?

**A:**

Ja, allerdings fanden die Taten statt, als noch die Risikoabschätzung lief. Das betrifft wenige Fälle, also zwei oder drei, die sich so ereigneten, weil sich die Abschätzung verzögerte und man daher nicht rechtzeitig die Bedrohungslage der betroffenen Person festgestellt hatte.

**F:**

Doktor Pablo Elias, wie fühlen Sie sich, wenn Sie morgens aufstehen und erfahren, dass ein weiterer Mord an einem sozialen Führer stattgefunden hat?

**A:**

Sehr ratlos. Als erstes prüfe ich dann, ob die betroffene Person um Schutz gebeten hatte, aber ob das nun der Fall war oder nicht, handelt es sich um eine harte Situation. So etwas darf nicht passieren, wenn wir uns als Demokraten bezeichnen, dass Menschen getötet werden, weil sie sozialen Bewegungen vorstehen. Man stellt eine große Intoleranz fest und dass man oftmals die Aktivitäten dieser Führer nicht versteht, die essentiell sind für Entwicklung des sozialen Lebens in den örtlichen Gemeinschaften.